

# EWR: «Keine Zeit für Selbstzufriedenheit»

Bei der Tagung des Liechtenstein-Instituts wurde über die zukünftigen Herausforderungen des Europäischen Wirtschaftsraums diskutiert.

Sina Thöny

Vor 30 Jahren stand Liechtenstein am Scheideweg: In zwei Referenden entschied sich Liechtenstein für den Beitritt in den EWR. Heute als Erfolgsmodell gehandelt, stand der Erfolg dieser Entscheidung damals noch in den Sternen. «Mit dem Beitritt zum EWR zeigten die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner Weitsicht und Mut», befand Regierungschefin Brigitte Haas bei der Eröffnung der Tagung des Liechtenstein-Instituts zur Zukunft des EWR am Mittwoch. Damals wurde die richtige Entscheidung getroffen, konkludierte auch Thomas Meier, Direktor des Liechtenstein-Instituts. Einem Schluss, dem wohl die meisten im Saal zustimmen würden. Die Sprecher und die Gäste widmeten sich in der Tagung aber einer grösseren Frage: Wie geht es weiter? Personen aus Politik und Forschung sowie Vertreter der Efta-Staaten teilten in der eintägigen Veranstaltung ihre Sicht auf die Zukunft des EWR.

## Geopolitischer Wandel erfordert Weitsicht

Die Diskussionen im Vorfeld der Abstimmungen zum EWR-Beitritt waren kontrovers: Befürchtungen über die Grössenverträglichkeit, die Souveränität sowie die Beziehungen zur Schweiz zogen sich durch die Debatten. Die Entscheidung hatte nicht nur Auswirkungen



Die Sprecherinnen und Sprecher wagten einen Blick auf die Zukunft des EWR.

Bilder: Nils Vollmar

auf die Wirtschaft Liechtensteins, sondern stellte auch die gesellschaftlichen und politischen Weichen für die nächsten drei Jahrzehnte, so Regierungschefin Haas. Im Ausland habe sich Liechtenstein seitdem als selbstständiger und verlässlicher Partner für die europäischen Staaten etablieren können. «Wir haben unseren Platz als souveränes und dynamisches Land im Herzen Europas gefunden», schloss die Regierungschefin. Zur Frage, wie es in Zukunft weitergehen soll, erhoffte sich Haas Impulse und

ein klareres Bild von der gestrigen Tagung.

Die Welt ist im Wandel: Die Länder Europas sind mit Krisen verschiedener Natur konfrontiert. Dies erfordere Anpassungen und auch Weitsicht für die kommenden Jahrzehnte. «Das Streben nach Wettbewerbsfähigkeit, Krieg und die geopolitische Wende erfordern eine neue Wirtschafts- und Sicherheitspolitik in einem breiten Sinne», führte Georges Baur, Forschungsleiter Recht am Liechtenstein-Institut und Mitorganisator der Tagung, ins

Thema ein. Konfrontiert mit der neuen geopolitischen Lage inkludiere die EU auch Aspekte wie wirtschaftliche Sicherheit, Stabilität gegenüber verschiedener Krisen sowie die strategische Autonomie ihres Marktes vermehrt in ihre Gesetzgebung zum Binnenmarkt. Für Christian Frommelt, Politologe und Rektor der Universität Liechtenstein, vergrössert der Niedergang der globalen Ordnung den Druck auf die EU, ihren Binnenmarkt besser zu schützen. Unter diesem Druck entwickelte sich die EU weg von einer

eher normativen Ausgestaltung des Binnenmarktes zur Positionierung als ökonomische Macht. Sie wolle vor allem den Binnenmarkt durch die Stärkung der supranationalen Gesetzgebung schützen und gegen aussen ihre Handelspartner neu beurteilen. In ihrer Gesetzgebung verschimme dadurch zunehmend die Linie zwischen wirtschaftlichen und ausserpolitischen Themen. Vorerst verfolge die EU zwar weiterhin den liberalen internationalen Handel, aber bei Themen wie der Energiepolitik ist der Einfluss der geökonomischen Zielsetzung beispielsweise durch die Umsetzung von Sanktionen bereits erkennbar.

## Drei Szenarien könnten am Status quo rütteln

Entwicklungen, die Liechtenstein nicht unberührt lassen: Georges Baur wies daraufhin, dass die EU die Efta-/EWR-Staaten als Teil der wirtschaftlichen Sicherheit, Widerstandsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit sieht. Immer mehr der neuen Rechtsakte würden als relevant für den EWR und damit auch für die Efta-/EWR-Staaten betrachtet. Dies betreffe nicht mehr nur klassische Binnenmarktfragen, sondern auch vermehrt die Industrie- und Handelspolitik. «Dies lässt uns zwei Möglichkeiten: Entweder man ändert den Geltungsbereich des EWR oder man hält an einem strikten Konzept der EWR-Relevanz

fest», so Baur. Als zweite mögliche Entwicklung bestehe der Beitritt eines Efta-Staats zur EU: In Island stehen dafür die Zeichen vor der Abstimmung 2027 relativ gut, in Norwegen zeichnet sich ein EU-Beitritt momentan weniger ab. Da der EWR auf einer Zwei-Säulen-Struktur, wobei eine Säule die EU-Staaten und die zweite Säule die Efta-Staaten bilden, aufgebaut ist, würden zwei verbleibende Efta-Staaten diesen Aufbau in Frage stellen. Ebenso könne das Abkommen zwischen der EU und der Schweiz Einfluss auf Liechtensteins Zukunft im EWR haben: «Kommt es zu keiner Einigung, könnten sich die Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz verschlechtern», so Baur. Durch seine enge Gebundenheit an die Schweiz, beispielsweise in puncto Stromversorgung, wäre es für Liechtenstein zunehmend herausfordernd, den Anforderungen des EWR nach Homogenität nachzukommen.

«Es ist keine Zeit für Selbstzufriedenheit, denn die Situation wird wahrscheinlich nicht für immer so bleiben, wie sie sich viele in Liechtenstein wünschen», schloss Baur. Denn all diese Szenarien könnten in Zukunft am Status quo der Beziehung Liechtensteins zum EWR rütteln. Mögliche Lösungen sind vielfältig, aber eines ist Georges Baur klar: «Es ist an der Zeit, sich auf die kommenden Veränderungen vorzubereiten und zu handeln.»



Regierungschefin Brigitte Haas schaute auf 30 Jahre EWR zurück.



Direktor Thomas Meier eröffnete die Tagung mit einer Ansprache.



Mit den Herausforderungen beschäftigte sich Jurist Georges Baur.